

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

113 (28.11.1946)

Vom Chaos zum Rechtsstaat

Von Wilhelm Baur
Seit mehr als einem Jahr sind wir auf dem Wege zur Herausbildung neuer tragfähiger staatlicher Formen an Stelle der Provisorien vom Tage des Umbruchs an.

Botschaft General McNarneys

Frankfurt, 27. Nov. (dona). „Zum Thanksgiving-Day“, dem amerik. Erntedankfest am 28. November, richtete der amerikanische Oberbefehlshaber Joseph T. McNarney folgende Botschaft am Mittwochabend über die Rundfunkstationen der amerikanischen Armee an die Angehörigen der amerikanischen Besatzungstruppen:

Land jene unbezahlbaren Schätze individueller und nationaler Freiheit bringen wollen, die uns in Amerika gewährt worden sind, diese Segnungen, für die wir immer dankbar sind und deren wir besonders am „Thanksgiving-Day“ gedenken. In Demut bitten wir, daß Gott fortfahren möge, uns diese Gnaden zu gewähren, die uns in die Lage versetzen, seine Gebote der Gerechtigkeit, der Wohlthätigkeit und der Geduld allen Menschen gegenüber auszuführen.

schaffenheit, Gerechtigkeit und Kraft so erfüllen können, daß auch das deutsche Volk an den Segnungen der Freiheit teilhaben kann, die Gott so reich unserer eigenen Nation hat zugute kommen lassen.

Das freie Wort

Frau Dr. Charlotte Anders, Karlsruhe, Hoffstraße 8, erklärte u. a.: „In München werden die Karten für die Altersheim der Bezugsberechtigten ins Haus gebracht. Einen solchen Wunsch wollen wir hier nicht äußern, aber wäre es nicht möglich, die Ausweise für den Bezug der Altersheim den Lebensmittelpunkten ebenso wie z. B. die Raucherkarten beizulegen, die ja auch eine bestimmte Altersgrenze gebunden sind? Es würde durch ein solches Verfahren vermieden, daß über 80-jährige Menschen in der jetzigen rauhen Jahreszeit vor den Bezirksstellen auf der Straße im Gedränge eingeklemmt anstehen müssen.“

Wir nähern uns der Zeit des Jahres, zu der wir uns vorbereiten, unseren traditionellen amerikanischen Tag des Erntedankes zu feiern. Fast schon vom Zeitpunkt der Geburt unserer Nation an haben Amerikaner an diesem besonderen Tage ihren demütigen und ergebenen Dank für die Segnungen, die wir als Einzelne und als Nation empfangen haben, an Gott gerichtet.

Wir sind uns der Fortschritte, die im letzten Jahr in der Rehabilitierung und Wiederbelebung Deutschlands gemacht worden ist — der Schaffung von Ordnung aus dem durch die Tragödie des Krieges veranlaßten Chaos der Unordnung bewußt. Es ist keine leichte Aufgabe gewesen. Ein unerhörtes Ausmaß von wohlüberlegter Anstrengung und viele harte Arbeit steht uns noch bevor, wenn wir diesem Kriegszerrissenen

Knöthe für Zusammenarbeit
Frankfurt, 27. Nov. (dona). „Es darf keine Alternative zwischen Ost und West geben. Aber ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und die Zusammenarbeit mit England bilden das Fundament zur Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa“, erklärte der Spitzenkandidat der SPD Großhessens, Willi Knöthe, am 26. d. Mts. in einem Interview in Frankfurt.

Höfner zur Wahl
München, 27. Nov. (dona). „Die württembergischen Wahlen zeigen, daß die CDU als große Sammelpartei im Abbröckeln begriffen ist“, erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Höfner zum Ergebnis der württembergischen Wahlen.

Großhessischer Untersuchungsausschuß
Wiesbaden, 27. Nov. (dona). Keiner der geladenen Zeugen erschien zu der Dienstag-Vormittag-Sitzung des großhess. parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Zum Dardanellenproblem

London, 23. Nov. (dona-Reuters). Der Wortlaut zweier britischer Noten an die Sowjetunion über die Dardanellenfrage, die auf die zwei sowjetischen Noten an die Türkei über die Revision des Vertrages von Montreux folgten, wurde hier am 21. November veröffentlicht.

der Vorschläge betreffe, nämlich, eine gemeinsame Verteidigung der Dardanellen durch die Sowjetunion und die Türkei, so betrachte es Großbritannien als richtig, wenn die Türkei als interessierte Territorialmacht fortfahre, die Verantwortlichkeit für die Verteidigung und Kontrolle der Straßen zu tragen.

Zusammensetzung Berliner Regierung
Berlin, 27. Nov. (dona). In den ersten Sitzungen des neugewählten Stadtparlamentes sollen der Oberbürgermeister, drei Bürgermeister und die 16 Stadträte der Stadt Berlin von den 130 Abgeordneten gewählt werden.

Württembergisch-badischer Landtag
Stuttgart, 27. Nov. (dona). Der neue württembergisch-badische Landtag wird voraussichtlich am 10. Dezember zusammentreten. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die bisherige Regierung im Amt.

Der Untersuchungsausschuß ist bei seiner Arbeit von der Voraussetzung ausgegangen, daß er die Rechte eines ordentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat. Zwar waren sich seine Mitglieder darüber einig, daß der Untersuchungsausschuß sich nicht auf Artikel 92 des Verfassungsentwurfes berufen kann, daß er also keine verfassungsmäßige Grundlage hat.

Britische Noten an Sowjetunion

London, 23. Nov. (dona-Reuters). Der Wortlaut zweier britischer Noten an die Sowjetunion über die Dardanellenfrage, die auf die zwei sowjetischen Noten an die Türkei über die Revision des Vertrages von Montreux folgten, wurde hier am 21. November veröffentlicht.

Das Potsdamer Abkommen legte fest, so heißt es in der Note, „daß als nächster Schritt diese Frage Teilzunahme, wenn die sowjetische oder die türkische Regierung die Einberufung einer solchen Konferenz verlangten. Die britische Regierung, so heißt es in der Note weiter, habe die Vorschläge der Sowjetunion für einen Status in bezug auf die Meerengen eingehend erwogen.“

Die zweite britische Note, die am 9. Oktober vom britischen Botschafter in Moskau der sowjetischen Regierung überreicht worden war, nimmt Bezug auf die sowjetische Note an die Türkei vom 24. September.

Die SED wird die Verwaltung des Personalamtes, des Wirtschaftsamt, des Bildungsamtes, des Jugendamtes, des Bau- und Wohnungswesens, der Stadtwerke, der Güter- und Forstverwaltungen und des umstrittenen Ernährungsamtes, das keine der übrigen Parteien übernehmen wollte. Mit der CDU ist über die Besetzung der Finanzabteilung, des Rechtsamtes, des Post- und Fernmeldewesens verhandelt worden. Die SED wird vorgeschlagen, das Arbeitsamt, das Verkehrsamt und das Sozialamt zu übernehmen. Auf das Sozialamt erhebt auch die CDU Anspruch.

Nach der eindeutigen Bekundung von drei Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, die an den Sitzungen des Hauptausschusses am 10. und 24. Oktober d. Js. teilgenommen haben, hat der Herr Ministerpräsident klar zum Ausdruck gebracht, daß er dem Untersuchungsausschuß die Rechte eines ordentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschusses zugesteht.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

- Berlin, 27. Nov. (dona)
Saidel Paul 29, 8, 12, Sailer Alois 7, 7, 05, Sailer Georg 21, 9, 24, Schadel Hans 30, 6, 04, Schadel Otto 1, 2, 00, Schadel Paul 21, 7, 03, Schadel Paul 21, 7, 03, Stahl Willi 14, 2, 22, Stahl Willi 29, 11, 23, Stahl Ludwig 30, 12, 27, Stahlbaum Karl 28, 3, 98, Taubert Heinrich 18, 7, 01, Taubert Gerhard 7, 3, 21, Taubert Heinrich 12, 7, 09, Taubert Fritz 6, 12, 05, Uhlmann Alfred 7, 6, 06, Uhlmann Alfred 21, 4, 26, Vennermann Heinz 2, 9, 18, Venke Otto 12, 3, 01, Vent Friedrich 4, 5, 09, Wagenschwanz Ernst 14, 4, 10, Wagner Adolf 1, 2, 05, Wagner Albert 16, 2, 04, Wagner Alfred 17, 7, 07, Zander Albert 3, 12, 07, Zander Albert 27, 10, 17, Zander Albert 26, 12, 07, Zander Erwin 8, 12, 19, Alt Ludwig 18, 7, 12, Alt Paul 2, 10, Alt Paul 6, 10, 12, Alt Rudolf 13, 4, 01, Bachmann Otto 28, 6, 09, Bachmann Paul 26, 7, 13, Bachmann Reinhold 18, 03, Bachmann Willi 5, 4, 09, Chumra Klemens 23, 11, 89, Chumra Wilhelm 20, 1, 10, Chojnacki Jan 29, 5, 02, Choma Stefan 23, 11, 06, Chora Friedrich 15, 6, 02, Chumra Stefan 23, 11, 06, Chumra Stefan 23, 11, 06, Daleske Heinz 3, 2, 22, Daleske Walter 9, 4, 11, Eberstein Ludwig 21, 2, 13, Ebert Alfred 16, 3, 89, Ebert Alois 12, 3, 15, Falk Paul 20, 12, 07, Falke Ernst 17, 11, 19, Falke Friedrich 17, 11, 19, Falke Heinrich 25, 7, 02, Galda Theodor 25, 10, 02, Gajewi Ernst 16, 2, 10, Gajowski Max 8, 2, 06, Galander Gustav 23, 16, 89, Hassel Paul 21, 5, 26, Habeck Gerhard 19, 7, 05, Hermann 2, 1, 04, Habeck Rudi 6, 10, 14, Immel Hans 17, 9, 24, Immerath Josef 15, 1, 01, Immerath Alois 27, 4, 09, Jäger Erwin 20, 12, 07, Jäger Erwin 20, 12, 07, Franz 11, 2, 04, Jäger Fritz 14, 9, 09, Kahl Hermann 26, 9, 22, (Fortsetzung in nächster Nummer)

Interessantes in Kürze

- Prag. In den von den Deutschen geräumten böhmischen und mährischen Grenzgebieten sind bisher 2 200 000 Tschechoslowaken angesiedelt worden. (dona)
Basel. Insgesamt 3 600 deutsche Kinder sind in der Schweiz eingetroffen, wo sie, betreut vom Schweizer Roten Kreuz, einen Erholungsurlaub von 3 Monaten verbringen werden. (ap)
Hannover. Der gegenwärtige Mitgliederstand der SPD in den westlichen Zonen und in Berlin ist jetzt höher als am 31. Dez. 1921, geht aus einer Veröffentlichung der SPD hervor. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder in diesen Bezirken belief sich am 31. März 1946 auf über 390 000, während am 30. Juni 1928 gezählt wurden. Am 30. September war die Zahl der Mitglieder auf 610 000 gestiegen. (dona)
Düsseldorf. Die britische Militärregierung gab bekannt, daß als Ansporn zu größeren Leistungen die Pensionen für Witwen und Waisen deutscher Grubenarbeiter bis auf etwa 80% ihres Normalbetrages erhöht worden sind. (ap)
sittlichen Ernst der Grundrechte verweigert, über kleine menschliche Mängel hinwegzusehen. Ich bitte Sie, nicht zu entsetzen, wenn ich die Absicht eines humanistischen Gymnasiums leicht das Wort „Demokratie“ mit „Herrschaft des Volkes“ übersetzt. „Etwas“ ist wahrscheinlich verfassungsmäßiger heißt muß: „Herrschaft der demokratischen Parteien über das unpolitische Volk“, und daß dieser Gymnasialrat man die Paragrafen wie etwa die Nr. 29, 28 und 79 mißversteht. Und vor allem: es ist halt soviel in den letzten Jahren zusammengebrochen und Gedächtnis und Urteilskraft hat bei uns allen nachgewiesenermaßen gelitten. Einat trüme mir, es gäbe in der neuen Zeit Freiheit und so gar erwünschte Kritik. Aber nun habe ich aus den verheerlichen Ausführungen des „unabhängigen“ phys. dem geistreichen Kommentator des Herrn L. A., den angeklebten und vom Winde — oder dem spontanen Unwillen der sich schärfsten distanzierenden „Unabhängigen“ wieder abgerissenen gelben Plakate, wie den mir leider erst nachträglich bekannt gewordenen Proklamationen eines Lausprecherwagens entnommen, welchen Geist die Versammlung atmet.

Rückkehr zur Wahrheit

Die Natur zeichnet uns in ihrer physischen Schöpfung den Weg vor, den man in der moralischen zu wandeln hat. Nicht eher, als bis der Kampf elementarischer Kräfte in den niedrigen Organisationen besänftigt ist, erhebt sie sich zu der edlen Bildung des physischen Menschen. Ebenso muß der Elementarstreit in dem ethischen Menschen, der Konflikt blinder Triebe, für erste beruhigt sein, und die grobe Entgegensetzung muß in ihm aufgehört haben, ehe man es wagen darf, die Mannigfaltigkeit zu begünstigen. Auf der anderen Seite muß die Selbstständigkeit seines Charakters gesichert sein, und die Unterwürfigkeit unter fremde despotische Formen einer anständigen Freiheit Platz gemacht haben, ehe man die Mannigfaltigkeit in ihm der Einheit des Ideals unterwerfen darf. Wo der Naturmensch seine Willkür noch so gesetzlos mißbraucht, da darf man ihm seine Freiheit kaum zeigen; wo der künstliche Mensch seine Freiheit noch so wenig gebraucht, da darf man ihm seine Willkür nicht nehmen. Das Geschenk liberaler Grundsätze wird Verästelung an dem Ganzen, wenn es sich zu einer noch größernden Kraft gesellt und einer schon übermächtigen Natur Verstärkung zusetzt; das Gesetz der Ueber-einstimmung wird Tyrannei gegen das Individuum, wenn es sich mit einer schon herrschenden Schwäche und physischen Beschränkung verknüpft, und so den letzten glimmenden Funken von Selbstständigkeit und Eigenartlichkeit löscht. Der Charakter der Zeit muß sich also von seiner tiefen Entwürdigung erst aufrichten, dorthin der blinden Gewalt der Natur sich entziehen und hier zu ihrer Einfaht, Wahrheit und Fülle zurückkehren; eine Aufgabe für mehr als ein Jahrhundert.

Eine Entgegnung

Zu: Gedanken eines „Unabhängigen“ (BNN 26. 11. 46)
Leider bin ich schon über dreißig, also nur noch „bedingte“ Jugendliche. Bedauerlicherweise bin ich „abhängig“ von den Amerikanern, von den Behörden, von den Mitmenschen und den Verhältnissen. Politik habe ich auch nicht studiert, sondern elektrotechnik. Drum bin ich nicht im Bonifatiussaal gewesen. Der HJ habe ich nie angehört, auch keinen „Radauklub“; galt bisher weder als Nazi noch als Idiot und bin vorderhand noch ohne Vorstrafe. Vorderhand... Ich habe nämlich am 24. 11. zur Versammlung „nein“ gesagt. Und das macht mir Sorgen...
Hohe Herren — oder besser hochwohlbühliche! — ... Da ich 1. noch nicht lange genug politisch organisiert bin, um den Parteilösungen voll gläubigen Vertrauens zu folgen, 2. mich bisher wenig für Verfassungsrecht interessierte — Verfassungsrecht war zu meiner Studienzeit noch kein Pflichtfach —, da ich 3. nicht selbst in Stuttgart mitberaten durfte, bin ich — wie mir scheint — bei meiner Entscheidung von völlig falschen, sozusagen „naziförmigen“ Gedanken ausgegangen. Ich habe mir nämlich vorgestellt, die Verfassung sei ein Vertragswerk unter durchschnittlichen, d. h. schlechten Staatsbürgern oder zwischen Staatsbürgern und einer ebenso durchschnittlichen, d. h. schlechten Regierung. Habe weiterhin vermutet, zwischen den Vertragspartnern könnten ernsthaftige Differenzen entstehen, die diese Verfassung zu schlichten und zu entscheiden hätte. Denn gute Staatsbürger und gute Regierungen könnten schließlich, so wählte ich, auch ohne Verfassung hantieren...
Ich bitte den hohen Gerichtshof zu entschuldigen, daß ich also voller Mißtrauen statt Vertrauen die einzelnen Absätze des hehren Werkes studierte und nach Eindeutigkeit und Klarheit suchte, die ich trotz allen Mühe nicht fand — statt bei dem hohen

Schacht in Ludwigsburg

Stuttgart, 27. Nov. (dona) Hjalmar Schacht wurde wegen verschiedener Krankheitserscheinungen für nicht fähig erklärt, in der bisherigen Form in Verwahrung gehalten zu werden, und an die Krankenabteilung des Ludwigsburger Gefängnisses überwiesen.

Das freie Wort

Der Untersuchungsausschuß ist bei seiner Arbeit von der Voraussetzung ausgegangen, daß er die Rechte eines ordentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat. Zwar waren sich seine Mitglieder darüber einig, daß der Untersuchungsausschuß sich nicht auf Artikel 92 des Verfassungsentwurfes berufen kann, daß er also keine verfassungsmäßige Grundlage hat. Aber im Hauptausschuß der Verfassungsberatenden Landesversammlung Großhessens ist mit dem Herrn Ministerpräsidenten über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses verhandelt worden. Nach der eindeutigen Bekundung von drei Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, die an den Sitzungen des Hauptausschusses am 10. und 24. Oktober d. Js. teilgenommen haben, hat der Herr Ministerpräsident klar zum Ausdruck gebracht, daß er dem Untersuchungsausschuß die Rechte eines ordentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschusses zugesteht. Es war nicht Sache des Haupt- und Untersuchungsausschusses, zu prüfen und zu entscheiden, in welcher Weise der großhessische Ministerpräsident die durch ihn zugestandenen Rechte juristisch begründen will. Der Untersuchungsausschuß konnte also mit gutem Grund davon ausgehen, daß er die rechtlichen Befugnisse habe, um alle aufklärenden Handlungen, die er für notwendig hält, vorzunehmen. Inwiefern hat der Herr Ministerpräsident es abgelehnt, dem Untersuchungsausschuß diese Vollmacht schriftlich zu bestätigen. Nachdem im Zusammenhang mit der Verladung des Kaufmanns Fack und mit der Bill der Untersuchungsausschusses, der großhessische Ministerpräsident möge sich am Dienstag, den 26. November 1946, zur Aufklärung einiger Fragen zur Verfügung halten, von dem Herrn Ministerpräsidenten mehrere Bedenken erhoben worden sind, ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses unmöglich geworden. Aus diesem Grunde beschließt der Untersuchungsausschuß, seine Arbeiten einzustellen und sämtliche Unterlagen dem künftigen Landtag zu übergeben.

Kritik um jeden Preis

Die Jugend hat ihr Schweigen gebrochen und damit einen „Unabhängigen“ zum Denken angeregt (vergl. Nr. 113 BNN vom 26. Nov.). Wir sehen uns veranlaßt, zu diesen Gedanken Stellung zu nehmen. Wir sind selbstverständlich unter Wahrung der schärften Disziplin, auf die Herr Pleisch so großen Wert legt. Wir sind, trotzdem wir die Veranstalter sind, von ihm so aktiv kritisiert. Diskussionsbände im Bonifatiussaal waren, immer bestrebt, sachlich zu bleiben, wenn es in diesem Falle auch recht verneinbar ist. Auch wir mußten uns, allerdings erst beim Lesen der Kritik fragen: „Wo bleibt der Geist der Sachlichkeit und Vernunft, wo der Anstand?“ Wir haben mit dem Diskussionsabend im Bonifatiussaal den ersten Versuch einer Jugenddiskussion gemacht, und wer unsere bisherige Arbeit und unsere öffentlichen Veranstaltungen ebenso aufmerk-

Interessantes in Kürze

- Berlin. Rund 55 000 To. Speisekartoffeln wurden in Holland zur Behebung der gegenwärtigen Ernährungskrise im Ruhrgebiet bereitgestellt und sollen in täglichen Transporten von 500 bis 800 To. schnell herangeführt werden. (dona)
Potsdam. Fritz Ebert (SED), der Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten, wurde am Freitag zum Präsidenten des neuen Landtages der Mark Brandenburg gewählt. (dona)
Frankfurt. Die 22-jährige Deutsche Inge Petersen, die in amerikanischen Uniform ganze zehn Monate lang auf Kosten der US-Armee lebte, ist auf Grund einer langen Liste von Anklagepunkten zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. (ap)
Hamburg. Bei einem Autounfall in der Nähe von Hannover sind am 22. d. M. die Mitglieder einer amerikanischen Gewerkschaftsdelegation, William Doherty, Israel Feinberg und Anton Jakobs verletzt worden. Die amerikanischen Gewerkschaftler, die sich auf einer sechswöchigen Reise durch Deutschland befanden, waren auf dem Wege nach Hamburg. (dona)

Das freie Wort

Ich habe mit dem Diskussionsabend im Bonifatiussaal den ersten Versuch einer Jugenddiskussion gemacht, und wer unsere bisherige Arbeit und unsere öffentlichen Veranstaltungen ebenso aufmerk-

Das freie Wort

Der Untersuchungsausschuß ist bei seiner Arbeit von der Voraussetzung ausgegangen, daß er die Rechte eines ordentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat. Zwar waren sich seine Mitglieder darüber einig, daß der Untersuchungsausschuß sich nicht auf Artikel 92 des Verfassungsentwurfes berufen kann, daß er also keine verfassungsmäßige Grundlage hat. Aber im Haupt-

Karlsruher SPIEGEL

IPV-Fragebogen abgeben!

Der Landesauschuss Württemberg-Baden der politisch Verfolgten, Kreisstelle Karlsruhe, Kriegsstraße 200, teilt mit, daß am 10. Dezember 46 alle Fragebogen zur Anerkennung als politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter abzugeben sein müssen. Nach dem 10. 12. 46 können nur noch heimkehrende Kriegsgefangene berücksichtigt werden. Ferner können die Angehörigen von Verfolgten, die sich in französischer Kriegsgefangenschaft befinden, ein Gesuch einreichen, das von L.P.V. zwecks bevorzugter Entlassung an den Herrn Generaldirektor der Kriegsgefangenen in Paris weitergeleitet wird. Dem Gesuch ist eine beglaubigte Abschrift oder beglaubigte Fotokopie eines Gerichtsurteils, K.Z.-Entlassungsscheines, Wehrwürdigkeitsbescheid o. ä. beizufügen.

Mit dem Abschluß der Ueberprüfungen von Anträgen am 10. 12. 46 durch den Prüfungsausschuss nach den von der Militärregierung genehmigten Richtlinien unter ehrenamtlicher Mitarbeit der Kriminalpolizei, ist eine der wichtigsten Aufgaben dieses Ausschusses beendet. Durch das Vorhandensein eines vollständigen polizeilichen Aktenmaterials und Rückfragen bei den Behörden des In- und Auslandes, war es in Karlsruhe möglich, den Antrag genauestens zu prüfen und alle negativen Elemente, die früher das Ansehen der politisch Verfolgten durch kriminelle Vorgänge oder frühere Zusammenarbeit mit Partei und Gestapo schädigten, auszuschalten. Nur derjenige gilt heute als politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter, der im Besitze der von der Militärregierung anerkannten Registrierkarte ist, die das Zeichen des L.P.V. trägt. Die wichtigste Voraussetzung für die kommende Wiedergutmachung ist somit erfüllt und dem bereits im Aufbau befindlichen Amt für Wiedergutmachung, Zweigstelle Karlsruhe, eine wertvolle Grundlage zur Durchführung seiner verantwortungsvollen Arbeit geschaffen.

Reisemarken der 93., 94. und 95. Periode behalten in Württemberg-Baden bis zum Ende der 97. Periode ihre Gültigkeit.

Der Angestellten-Verband Würtb.-Baden, Verwaltungsstelle Karlsruhe, hält Donnerstag, den 28. November 1946, abends 19.30 Uhr, im Ziegler-Saal, Baumeisterstr., eine Mitgliederversammlung ab. Arbeitsamtsdirektor K.O. spricht über: „Die Grundrechte der Arbeitnehmer in der neuen Verfassung.“

Der neue Markt ist eine Tauschvermittlung und für das gesamte Reichsgebiet zugelassen. Die Firma erhebt für ihre Vermittlung eine Gebühr von Mk. 3.—

Ehrendienst am Samstag-Nachmittag: Der Treffpunkt zur Ableistung des Ehrendienstes am Samstag, den 30. November 1946, ist auf 13 Uhr, Eingang Kaiser-Passage (Ecke Wald- und Kaiserstr.), festgesetzt.

Die Karlsruher Notgemeinschaft gibt als besondere Zuwendung Kohlen- und Holzguthausche aus. Die Ausgabe erfolgt durch die Wohlfahrtsverwaltung und die angeschlossenen Verbände zusammen mit der nächsten Auszahlung im Dezember 1946.

Einweihung der „Westhochschule“

durch den Rektor der Technischen

Die Technische Hochschule hat sich bei der Zulassung der großen Zahl von Studienbewerbern, die nach langen Jahren des Kriegsdienstes und der Gefangenschaft zu ihren Pforten strömen, von dem Grundsatz leiten lassen, daß sie für diese jungen Menschen eine Verpflichtung zu erfüllen habe, und zwar mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Die Anzahl der Studenten ist auf über 3000 angewachsen. Die Räumlichkeiten und Einrichtungen der durch den Krieg stark mitgenommenen Hochschule hätten nicht ausreicht, wenn nicht die amerikanischen Militärregierung und die Stadt Karlsruhe weitere Unterrichts- und Bibliotheksräume in der ehemaligen Telegrafenkaserne (Stoßerstraße) zur Verfügung gestellt hätten. Mit Beginn des Wintersemesters ist diese „Westhochschule“ eingeweiht und in Betrieb genommen worden. Rektor Professor Dr. Theodor Pöschl drückte in einer Ansprache seine Freude über den glücklichen Anlaß aus und dankte der Militärregierung und dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe für ihr verständnisvolles Entgegenkommen. Er bat die

Erneuerung des Fahrplanbelags in der Durlacher Allee. Die Fahrplandecke der von der franz. Besatzung im April 1945 erstellten Belagsbrücke auf der Durlacher Allee, ist so schädlich geworden, daß sie ausgewechselt werden muß. Die Erneuerung muß unter Aufrechterhaltung des Verkehrs innerhalb 2 Tagen oder 2 Nächten vor sich gehen. Die Gesamtkosten betragen 4 600 RM.

Neuregelung der Gemüsemärkte. Im Hinblick auf die geringen Gemüseerträge während der Winterzeit findet in der Markthalle ab 1. Dezember nur noch Mittwochs, Freitags und Samstags Großmarkt statt und zwar von morgens 7.30—12 Uhr. Der Kleinmarkt dauert täglich von 8—13 Uhr. Außenmärkte auf dem Stefans-, Gottesauer- und Gutenbergplatz werden für die Dauer der Wintermonate aufgehoben.

Schlußfeier der Volksbildungskurse. Die Ende September begonnene Herbst-Reihe der Karlsruher Volksbildungskurse geht in diesen Tagen

ihrem Ende entgegen. Zahlreich waren in den vergangenen Wochen wieder die Hörer aus allen Schichten der Bevölkerung, um in den verschiedensten Sach- und Fachgebieten zeitnahe Fragen beantwortet zu erhalten. In einer Schlußfeier am heutigen Donnerstag, 19.30 Uhr, in der Markuskirche (Yorkplatz) spricht Professor Karl Burghardt über „Mensch — Gemeinschaft — Masse“. Der Karlsruher Kamerachor umrahmt die Ansprache durch musikalische Darbietungen. Wie bereits bekannt wird, beginnen die Kath. und Evang. Arbeitsgemeinschaft Ende Januar die Winter-Vorlesungsreihe der Volksbildungskurse.

Mitgliederstand der Naturfreunde! Seit der Wiederzulassung des TV „Naturfreunde“ hat die Ortsgruppe Karlsruhe einen beachtlichen Aufschwung genommen. Alte und neue Freunde haben sich zusammengefunden, so daß vor kurzem Zeit das 1000. Mitglied aufgenommen werden konnte. Im Rahmen der Monatsversammlung am 30. November 1946, 19.30 Uhr, im „Ziegler-Saal“, Baumeisterstr., berichtete Gauobmann Coblenz über den Stand der Naturfreundebewegung.

Abgestürzt. Ein Elektriker stürzte beim Durchbruch einer Mauer von der Leiter ab und zog sich hierbei Rippenbrüche und eine lebensgefährliche Lungenverletzung zu.

Stadtrat hinter verschlossenen Türen

Wir fordern Zulassung der Presse zu den Stadtratssitzungen

Eine gesunde Demokratie baut sich von unten auf, sie beginnt bei den Gemeindevertretungen. Der Gemeinderat bzw. der Stadtrat unterliegt daher zumindest ebenso den demokratischen Regeln wie das Landesparlament. Der Wähler hat einen vollen Anspruch darauf zu erfahren, was und wie die ihm gewählten Gemeindevertreter arbeiten, er wird hiernach entscheiden, ob er die Arbeit und Arbeitsweise der Gemeindevertretung billigt oder nicht, die sein Wohl und Wehe in besonderem Maße angeht. Er darf mit Recht verlangen, unterrichtet zu werden, um — hält er es für erforderlich — opponieren zu können. Opposition ist ein regulativ, dessen die Demokratie nicht entbehren kann. Diese Unterrichtung kann dem Gemeindeglied nur auf dem Wege über die Presse werden, die Vertreterin der Öffentlichkeit ist. Ausschließung der Presse von den Gemeinderatssitzungen bedeutet Ausschluß der Öffentlichkeit, bedeutet eine Praxis, die richtiger Auffassung von Demokratie diametral entgegengesetzt ist.

In Karlsruhe ist diese un-demokratische Praxis leider Tatsache. Der Stadtrat tagt hinter verschlossenen Türen, die Presse ist nicht zugelassen, jede Öffentlichkeit, jede Kontrolle und Kritik ist damit verhindert. Ein Umstand, der zu scharfer Kritik herausfordert. Hinzu kommt: Die Stadtratssitzungen sind zwar geheim, aber in praxi wird die Geheimhaltung keineswegs immer gewahrt. Es wird dann behauptet und von der Gegenseite bestritten, die erforderliche Klarheit aber, die durch Öffentlichkeit der Verhandlungen garantiert wäre, fehlt. Nehmen wir ein Beispiel jüngster Zeit:

Ein Geschäftsmann beantragt Wiedererteilung des erwählten Antrags zu Recht. Aber wir haben heute nicht mehr 1921, es ist seitdem einiges geschehen, was klar erwiesen hat, wie gefährlich es für die parlamentarische demokratische Regierungsform ist, Dinge im Dunkeln zu verhandeln, die öffentliche Diskussion, Opposition und Kritik auszuschalten. Es handelt sich bei der Gemeinderatssitzung von 1921 um ein antiquiertes Fossil, das in das Museum der nicht ohne eigene Schuld geschickerten Weimarer Demokratie gehört, aber für die Gegenwart unmöglich ist. Formale Ordnung wird nicht eingehalten, zeitlichlich aber nicht, sie verstößt aufs grüblichste gegen den Geist der Zeit. Sie hat sich nicht zu richten, heißt un-demokratisch handeln. Man darf nicht länger an einem alten Pop-festhalten, der anderswo längst abgeschnitten ist. Man darf es umso weniger, als der unter der alten Ordnung verhandene Bürgerausschuss, der die Beschlüsse der Gemeinderatssitzung anzunehmen oder abzulehnen hatte, der also eine Kontrollinstanz bildete, nicht mehr besteht. Warum glaubt man auf § 49 Abs. 1, bestehen zu müssen, während man sich doch hinsichtlich des Bürgerausschusses keineswegs mehr gebunden fühlt? Wir haben also im Zeichen der neuen deutschen Demokratie eine Handhabung der Gemeindevertretung, die gegenüber damals nicht nur ein Beharren, sondern sogar einen absoluten Rückschritt bedeutet. Und warum? Weil es bequemer ist, ohne Öffentlichkeit, ohne etwaige Opposition und Kritik zu

arbeiten? Gewiß, es ist angenehmer, aber es ist nicht abhängig. Wir sind nicht gewillt, um länger mit diesem Zustand abzufinden. Zweifellos: es gibt Angelegenheiten, die nicht sofort für die öffentliche Diskussion reif sind, die durchberaten werden müssen, bis sie Form gewinnen. Die Presse erblickt ihre Aufgabe nicht darin, über noch unausgereifte Dinge zu berichten oder Kritik um jeden Preis zu üben. Was noch intern zu behandeln ist, mag intern behandelt werden. Tritt es jedoch in beschlußreifes Stadium, verlangt die Presse Kenntnis, um von ihrer Funktion der Kontrolle Gebrauch machen, um gegebenenfalls öffentlich Kritik üben zu können. Sie daran zu hindern, beweist un-demokratisches Verhalten und Unverständnis für die Aufgabe der Presse. Es beweist auch Unklugheit. Denn man beraubt sich durch den Ausschluß der Presse auch deren Unterstützung, die — um diesen oder jenen Beschluß der Öffentlichkeit verständlich zu machen — doch wohl erwünscht sein dürfte.

Mit der Pressestelle-Praktik der Stadtverwaltung ist es nicht getan. Wir lehnen es im Interesse der Öffentlichkeit ab, mit kurz gefassten Mitteilungen der Pressestelle über ergriffene Stadtratssitzungen abgepasst zu werden. Wir wollen selber hören und uns ein Urteil bilden, wir wollen selber entscheiden, was zur Veröffentlichung geeignet ist, nicht aber Nachrichten entgegennehmen, die erst die Zensur der Obrigkeit passiert haben. Was Hauptverwaltungsamt und Pressestelle als „zur Veröffentlichung geeignet“ auswählen, ist für uns nicht maßgebend. Es ist das Recht der Presse, hier selber zu entscheiden. Uns liegt das Wohl der Stadt nicht weniger am Herzen wie der Gemeindevertretung. Darum werden wir unser Urteil von keinem anderen Gesichtspunkt als von dem des Stadtwohls leiten lassen und uns größter Objektivität befleißigen. Für eine Aussprache werden wir jederzeit zu haben sein und uns berechtigten Forderungen nicht verschließen. Wir werden die jeweilige Beteiligung umso besser zu erkennen vermögen, je besser wir aus eigener Unterrichtung urteilen können.

In jedem Urteil in Gemeindeangelegenheiten aber behindert und in der Erfüllung unserer diesbezüglichen publizistischen Pflicht der Öffentlichkeit gegenüber gehindert zu sein, lehnen wir aus der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit heraus mit aller Entschiedenheit ab. Es wird der Einwand erhoben werden, daß die Staatsaufsichtsbehörde Beschlüsse, die der Stadtrat in Gegenwart der Presse faßt, als unwirksam erklären wird. Darum bedarf die alte Gemeindeordnung der Revision. Der neue Landtag möge ein Gesetz beschließen, das der Presse den Zutritt zu den Stadtratssitzungen ermöglicht. Wir verweisen auf das württembergische Beispiel der Öffentlichkeit der Stadtratssitzungen. Wenn Baden kein Kolonialland sein will wie der Oberbürgermeister kürzlich sarkastisch bemerkte, dann soll der Stadtrat in Baden nicht anders tagen wie der Stadtrat in Württemberg. Wenn Nordwürttemberg und Nordbaden schon ein Land sind, dann habe man auch die Unterschiede in der Stadtratssitzung auf und gebe der Bevölkerung auch hier, was ihr in Württemberg recht und billig ist. W.S.

Der Erzbergermörder vor Gericht

Todesstrafe für Tillessen beantragt

Im Erzberger-Prozess beantragte die Staatsanwaltschaft am Mittwoch gegen Tillessen die Todesstrafe wegen Mordes an Matthias Erzberger und wegen Mordversuches an dem Abg. Diez vier Jahre Zuchthaus. (dana)

Freiburg i. Br. Vor der Strafkammer des in Freiburg tagenden Landgerichts Offenburg begann am Montag der Prozeß gegen den früheren Marineoffizier Tillessen wegen Ermordung des Reichsministers Erzberger im Jahre 1921 gemeinschaftlich mit dem bisher noch nicht festgenommenen Kaufmann Schulz. Die Anklage wird durch den Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Bader vertreten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Göring.

Der Zuschauerraum ist erweitert, Kinopropaganda stehen aufnahmebereit, eine Karte des Tatortes und seiner Umgebung ist neben dem Richtertisch aufgestellt. Tillessen wird kurz vor 9 Uhr in den Saal geführt. Der Vorsitzende gibt zunächst eine Einführung in den Prozeß. Er charakterisiert den Freispruch von Manfred von Killinger von der Anklage der Beihilfe zum Mord durch das Offenburg Schwurgericht im Jahre 1922 als Fehlspruch. Die Be-

gehung der Tat vor 25 Jahren hätte an sich die Verjährung zur Folge, jedoch sei diese 1932 durch eine richterliche Handlung unterbrochen worden, die aus dem Ersuchen des Untersuchungsrichters in Offenburg um Beschlagnahme der von den Tätern in Budapest deponierten Kisten resultierte. Es sei nicht leicht, in die Tatstände einzudringen, das erbeben sich rechtliche Schwierigkeiten. Der Vorsitzende macht Tillessen dann noch darauf aufmerksam, daß auch das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrates (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) bei der Beurteilung herangezogen werden kann.

Der Angeklagte, der sich als schuldig bekennt, ist seit 15. 8. 1945 in Haft. Was Tillessen zur Gegnerschaft gegen den Reichsminister führte, wird ausführlich erörtert. Zusammenfassend kann man die Anschauungen Tillessens dahin präzisieren, daß er und seine Kreise, in Erzberger und Scheidemann die Erfüllungspolitiker sahen, die ein Wiedererstarken Deutschlands auf keinen Fall wollten. Da begann — so sagte der Angeklagte — „meine Besessenheit“.

Die Verhandlung wendet sich dann der Frage nach den Hintermännern zu. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß seine Person gegen die Tat spreche und daß deshalb irgend welche Kräfte ihn getrieben und unterstützt haben müßten. Auch der Hinweis, daß Angaben darüber ihn entlasten würden, kann den Angeklagten zur Aussage nicht veranlassen. „Ich lehne es ab, mich zu äußern!“. Diese Weigerung begründet er damit, daß alle diese Leute heute ebenso wie er über diese Tat denken würden, d. h. sie verwerfen.

Auf der Reise zum Tatort befürchtete die Täter viele Städte. Von Ulm aus fuhr Schulz nach München, anscheinend, um dort weiteres Geld zu holen. Schließlich stellten sie fest, daß Erzberger sich im Reichthal befand und fuhren nach Oppenau. Sie begegneten Erzberger drei Mal, hatten aber Hemmungen, die Tat auszuführen. Ueber den Kampf, der sich in seinem Innern zwischen diesen Hemmungen und seiner „Besessenheit“ abspielte, Erzberger müsse im Interesse Deutschlands beseitigt werden, berichtet Tillessen eingehend. An Hand der Karte im Gerichtssaal wird dann die Tat selbst besprochen, deren Einzelheiten bekannt sind.

Nachzutragen ist, daß der Angeklagte eine Verabredung wegen einer Beteiligung eventueller Zeugen betreibt. Er habe nicht vorsätzlich auf Diebstahl geschossen, auch glaube er, nicht hinter Erzberger hintergeschossen zu haben, als dieser verwundet den Abhang herunterrollte. Auf Befragen bestätigt Tillessen, daß Schulz ihm gesagt habe, von ihm — Schulz — seien 2 Kopfschüsse auf Erzberger abgegeben worden. Die Täter flüchteten bis München, wo sie Killinger von der Tat unterrichteten. Interessant ist, daß man auf die Täter dadurch gekommen ist, daß man in Oppenau kleine Papierzettel fand, mit denen die Täter ihre Rasiermesser gereinigt hatten. Aus diesen Zeugnissen ergab sich, um wen es sich gehandelt hatte. Von München aus reisten die Täter auf ein Gut in der Umgebung und gelangten von dort nach Budapest, wo der dortige Polizeipräsident der damals herrschenden Rechtsregierung ihnen falsche Pässe ausstellte. Tillessen bekundet auf Befragen, daß die Mittel für ihren Unterhalt aus den Reihen der deutschen Vaterländischen Verbände kamen. Sie wurden in Ungarn aufgespiert, jedoch nur Schulz verhaftet, dessen Auslieferung aber abgelehnt wurde. Tillessen ging schließlich nach Spanien, wo er sich mit Mitteln, die ihm seine Familie zur Verfügung stellte, an einem Luftfahrunternehmen beteiligte. Weihnachten 1932 kam er zum Besuch nach Deutschland und wurde durch den politischen Umbruch verurteilt, dort zu bleiben.

Durch das Radio hörte er von der Amnestie und bewarb sich nunmehr beim Norddeutschen Lloyd in Bremen um eine Stellung, die er auch erhielt. Zur NSDAP nahm er keine Beziehungen auf, da er an ihr viel aussetzen hatte. Er war daher sehr erstaunt, als ihm eines Tages mitgeteilt wurde, daß er ehrenhalber zum Sturmbannführer der SA ernannt worden sei. Trotzdem habe er die Partei nach Möglichkeit gemieden; sein Parteibuch habe er infolgedessen erst 1938 erhalten. Er nahm am 2. Weltkrieg teil und lebte nach Verlust seiner Stellung in Ulm, wo er beim Einmarsch der Amerikaner von einem Kameraden denunziert, verhaftet und den deutschen Behörden übergeben wurde. Erwähnt sei noch, daß der Vorsitzende einen Brief der Täter verlas, der aus Emden abgegangen war und die damalige Zentrumspartei beschuldigte, Erzberger beseitigt zu haben. Tillessen gibt zu, daß dieser Brief eine Mystifikation gewesen sei.

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt. (dana)

Studenten, die verschiedenen Unbequemlichkeiten und Mängel in Kauf zu nehmen. Zugleich mit der Eröffnung der Westhochschule fand auch die Eröffnung der dort eingerichteten Mensa statt, die am 14. November zum erstmaligen Mittagessen 320 Studenten in dem hierfür hergerichteten Speisesaal des ehemaligen Kasinogebäudes der Telegrafenkaserne ausgab. Professor Dr. Fricke, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftswissenschaften und Dekan der allgemeinen Abteilung an unserer Hochschule, hat diese Organisation aufgezogen und termingemäß in Betrieb gesetzt.

Inzwischen ist auch die Hochschulbibliothek in die Westhochschule übersiedelt. Neben der übersiedelten Abteilung für Wirtschaftswissenschaften, sind eine Reihe von Hochschulinstanzen dabei, sich in der Westhochschule aufzutun, so daß im Laufe des Wintersemesters das aus Raumnot bislang so stark beeinträchtigte Leben der Hochschule in Lehre und Forschung wieder zu nutzbringender Entfaltung kommen kann.

und Gewählten kundtun, nicht verkannt werden. Nach dem Dargelegten bleibt natürlich nun die Frage offen, welchem System der Vorzug zu geben ist. Ihre Beantwortung wird wohl weitgehend davon abhängen, welchen Faktoren der eine oder andere größeren Wert beilegt. Der Verfasser dieses Artikels ist jedenfalls der Ansicht, daß wohl die ideale Lösung dieser Frage ein System böte, das die Vorzüge der Verhältniswahl mit den Vorzügen der Mehrheitswahl verbindet unter gleichzeitiger Ausschaltung der Nachteile beider Systeme. Der Versuch einer solchen Synthese wurde in einer von Herrn Dr. Edmund Kaufmann verfaßten Broschüre „Der Weg in die neue Zeit“ gemacht, welche zur Zeit in den einschlägigen Buchhandlungen ausliegt. Aus Raum- und Zeitmangel kann jedoch hier auf Dr. Kaufmanns Lösung leider nicht eingegangen werden. Interessanten seien jedoch auf die oben genannte Broschüre verwiesen, die auch in anderer Hinsicht wertvolle Anregungen bietet. Günther H. Ott.

Lehrkräfte und Parteigenossen

Im heutigen Ringen um unsere Jugend finden wir in Zeitungen und Zeitschriften immer wieder Artikel, die alle ehemaligen Parteigenossen und unter ihnen besonders die ehemaligen Lehrer, als die gefährlichsten Feinde unserer Jugend und damit Deutschlands an den Pranger stellen. Es konnte aber jeder, der unsere Schuljugend in den letzten Kriegsjahren aufmerksam beobachtete, feststellen, daß ihre Anhänglichkeit und ihre anfängliche Begeisterung für Hitler sich erheblich abgekühlt, ja sich vielfach in das Gegenteil verkehrt hatte.

Diese Sinneswandlung unserer Jugend ist ohne Zweifel im wesentlichen auf die Erziehung und den Einfluß im Elternhaus zurückzuführen. Während es den Lehrern in der Schule ohne Lebensgefahr gar nicht möglich war, antinazistische Propaganda zu treiben, wurden die Kinder von den Vätern und Müt-

tern die nicht der Nazipropaganda erlegen waren, in naziegegnerischem Sinne beeinflusst und diese Kinder (abgesehen von Ausnahmen, die die Regel bestätigen), bedürfen heute keiner großen Umschulung sondern lediglich einer ausreichenden Ernährung und wohl der besten Erziehung zu einer echten Demokratie.

Über die vorerwähnten Eltern hinaus gibt es aber Hunderttausende von Vätern die ursprünglich glaubten aus Verantwortung ihren Familien gegenüber, der Partei beitreten zu müssen, innerlich aber weit davon entfernt waren und weitere Hunderttausende, die zwar aus Überzeugung PGs geworden, ihre Torheit aber eingesehen hatten und ehrlich bemüht waren und sind, an einer wahren Demokratie mitzuarbeiten! Alle diese Familienväter haben ihren Herzen im Kreise ihrer Familien Luft gemacht und so ihren Kindern Zweifel und Abneigung gegen Hitler und seine Kreaturen beigebracht.

Durch die heutige sture Behandlung aller ehemaligen PGs im Gegensatz zu sonstigen Nicht-PGs, die sich oft geradezu widerlich hitlerbegeistert benommen haben, werden alle jene, die den ehrlichsten Willen haben, an einer gesunden Demokratie mitzuarbeiten, samt ihren Kindern, die Ungerechtigkeit noch mehr empfinden, von der Demokratie abgestoßen und innerlich zur Gegnerschaft gezwungen.

Dieser Einfluß auf Millionen unserer Kinder ist weitaus gefährlicher als der, den etwa einige Lehrer, deren Verhalten doch leicht zu kontrollieren wäre, ausüben könnten.

Die rücksichtslose Ausschaltung der ehemaligen PGs unter den Lehrkräften gerade der höheren Schulen hat dazu geführt, daß z. B. an der Goetheschule in Karlsruhe die Klassen nur 11 und 13 Unterrichtsstunden in der Woche haben ohne Religion.

Im Hinblick auf die Ausbildungsverluste, die unsere Jugend durch den Krieg erfahren haben und heute noch durch den Mangel an Büchern und sonstigen Unterrichtsmitteln erleidet, sind diese Schulverhältnisse geradezu ein Verbre-

chen an unserer Jugend, gegen das die Gefahr des Unterrichts ehemaliger unbedeutend belasteter PGs als Lehnler geradezu lächerlich erscheint.

Rache und Wut sind Waffen der Nazis gewesen, aber von menschlich, christlich und demokratischem Standpunkt aus abzulehnen, wenn sie aber im Grunde genommen unsere Kinder und damit unsere ganze Zukunft treffen sind sie geradezu verwerflich.

Man bestrafe die wirklichen Verbrecher und Aktivisten, aber man sorge für Lehrkräfte an den Schulen, selbst auf die Gefahr hin, daß später eine Ausscheidung vorgenommen werden müßte. Man sorge für tüchtige Lehrkräfte und versändige sich nicht länger an unserer Jugend. Emil Becker.

Das Ziel des amerikanischen Jugendprogramms

Bad Kissingen. (dana) Das Ziel des deutschen Jugendprogrammes der amerikanischen Armee sei bei der Umerziehung der deutschen Jugend mitzuhelfen, daß die Kriegsenttäuschungen vergessen werden, und daß die Jugend zu aufrechten, klarem Denken angehalten wird, damit sich Einzelgänger und ein gesunder Ehrgeiz entwickeln können, sagte Oberleutnant Woodrow W. Brock, hier auf einer Konferenz zwischen Offizieren der amerikanischen Luftstreitkräfte und deutschen Beamten, Erziehern und Geistlichen. Das deutsche Jugendprogramm sei nicht nur ein Sportprogramm, betonte Oberleutnant Brock. Wenn auch der Sport eine wichtige Rolle spiele, so herrsche doch die falsche Auffassung, daß Sport und das deutsche Jugendprogramm das gleiche sei.

Das sicherste Zeichen, mit großen Eigenschaften geboren zu sein, ist: keinen Neid zu kennen. La Rochefoucauld.

Unser Ziel sei der Frieden des Herzens. Besseres weiß ich nicht. Peter Rossegger.

Der Gipfel aller Größe, heißt — Güte. Michelangelo.

DAS WORT DER JUGEND

Eine Erwiderung

In Nr. 110 der BNN erschien in der Rubrik „Das Wort der Jugend“ ein Artikel, der die Überschrift: „Vor der Entscheidung“ trägt und der sich mit dem in der letzten Zeit häufig diskutierten Problem der Mandatsverteilung in unserem heutigen Wahlsystem beschäftigt.

In sehr prägnanter und einleuchtender Form stellt der Autor, Harry Proß, die Nachteile der Verhältniswahl den Vorteilen der Mehrheitswahl gegenüber, unterläßt aber bedauerlicherweise umgekehrt jeden Hinweis auf die Nachteile der Mehrheitswahl und die Vorzüge, die das Verhältniswahlsystem dieser gegenüber ohne Zweifel aufzuweisen hat. So muß die erwähnte Darstellung a priori in dem mit der Materie nur wenig oder überhaupt nicht vertrauten Leser einen falschen Eindruck erwecken. Dies ist um so gefährlicher, wenn man dem Wahlsystem eine derartige, vielleicht etwas übertriebene große Bedeutung für das politische Leben beimißt, wie es in dem genannten Artikel geschehen ist. Zur Ergänzung und Vervollständigung mögen die folgenden Ausführungen dienen.

Bei der Mehrheitswahl wird das Staatsgebiet räumlich in Wahlkreise eingeteilt, und die Zuteilung der Abgeordnetensitze erfolgt in jedem Wahlkreis, besonders für sich. Nach dem Grundsatz der Mehrheitswahl gilt als gewählt, wer die Mehrheit der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Was aber bedeutet das nun praktisch? In dem Wahlkreis Heidelberg haben beispielsweise von 100 000 abgegebenen Stimmen der Kandidat Maier 51 000 und der Kandidat Müller 49 000 Stimmen erhalten. Bei der Bewertung des Wahlergebnisses fallen nun die für Müller abgegebenen Stimmen einfach unter den Tisch. Hat die Wahl nun nicht nach dem Einwahl- sondern nach dem Listenwahlsystem

stattgefunden, d. h. der Wahlkreis hatte statt nur einem Abgeordneten beispielsweise deren 4 zu wählen, so hat die Partei des Herrn Maier mit ihrem knappen Wahlsieg alle 4 Mandate errungen, während die Partei, die Müller vertritt, völlig leer ausgeht. Es wird wohl niemand bestreiten, daß dies eine nicht zu rechtfertigende Härte, wenn nicht überhaupt die Infragestellung des Parlamentes als eine die Interessengliederung des Volkes widerspiegelnde Institution bedeutet.

Auf unsere heutigen politischen Verhältnisse übertragen, könnte das sehr wohl bedeuten, daß — jedenfalls für die nächste Zeit — die CDU und die SPD ziemlich allein das Parlament besetzt hätten, während kleinere Parteien wie die LPD und die KPD, verglichen mit ihrer wirklichen Stärke im Volke im Parlament viel zu kurz kämen. Und welche wertvolle Arbeit gerade von den kleinen Parteien in den Verfassungsgebenden Landesversammlungen der drei Länder der US-Zone geleistet worden ist, dürfte wohl noch in aller Erinnerung sein.

Im Gegensatz zur Mehrheitswahl bezweckt die Verhältniswahl die Verteilung der Abgeordnetensitze entsprechend dem Stärkeverhältnis aller am Wahlkampf beteiligten Parteien. Hier erhält jede Partei von nicht allzu untergeordneter Bedeutung eine der Anzahl ihrer Anhänger entsprechende Vertretung und somit bietet die Verhältniswahl den Vorzug der unbedingten Gerechtigkeit. Insbesondere ermöglicht sie die Verwertung der in den Wahlkreisen unverbraucht gebliebenen Reststimmen und sichert auch kleinen Minoritäten eine ihrem Stärkeverhältnis entsprechende Vertretung im Parlament. Natürlich sollen die Nachteile der Verhältniswahl, die sich vor allem in einer besonders starken Förderung der Parteienzersplitterung und in der Lockerung des persönlichen Verhältnisses zwischen Wählern

